

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JAI, GLP (Matthias Stürmer, EVP/Giovanna Battagliero, SP/Rahel Ruch, JAI/Michael Köppli, GLP): Erarbeitung und Umsetzung einer Open Source Förderstrategie der Stadt Bern; Begründungsbericht

Am 6. Dezember 2012 hat der Stadtrat mit SRB 2012-619 die folgende Interfraktionelle Motion im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Die jährlichen Investitionen in der Stadt Bern in die Informatik bewegen sich im mehrstelligen Millionenbereich, die Wahl von Technologien und Plattformen haben langfristige Konsequenzen. Umso wichtiger ist deshalb eine wirkungsvolle Informatikstrategie, die vorausschauend den Grundstein und die Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Einsatz der finanziellen Mittel legt und der Stadtinformatik langfristig möglichst viele Handlungsoptionen freihält.

Die bisherige Praxis hat gezeigt, dass die Abhängigkeiten der Stadt Bern gegenüber grossen Software-Lieferanten stetig gestiegen sind. Aufgrund der Bindung an bisherige Lösungen müssen heute beispielsweise Software-Lizenzen beschafft werden, ohne dass Alternativen nur schon geprüft werden. Diese Situation ist sowohl für die Stadtinformatik wie auch für die Steuerzahlenden störend, müssen doch aufgrund der schwachen Verhandlungsposition Monopolrenten an die Softwarefirmen gezahlt werden.

Der Einsatz und die generelle Förderung von Open Source Software stellen eine Chance für die Stadt Bern dar. Ein vollständiger Wechsel auf Open Source Software führt zwar kurzfristig zu höherem Aufwand für technische Umstellungen und personelle Umschulungen, aber langfristig kann mit Kosteneinsparungen gerechnet werden. Die Abhängigkeiten der Stadt Bern von Technologie-Herstellern werden reduziert und die Kontrolle über Software und Daten wieder stärker zurück gewonnen. Auch profitieren die Informatikmitarbeitenden der Stadt, die sich mit vielseitig einsetzbarem Technologiewissen weiterbilden können. Gleichzeitig stimuliert eine Open Source Förderstrategie auch die Innovation und Wettbewerbskraft von lokalen Informatik Dienstleistern, verringert den digitalen Graben im Bildungsbereich und erschliesst neuartige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Institutionen. Damit werden öffentliche Gelder vermehrt in öffentliche Güter investiert und die digitale Nachhaltigkeit der Informatik der Stadt Bern gestärkt.

Der Kanton Basel-Stadt hat bspw. 2010 eine Open Source Strategie veröffentlicht und entsprechende Umsetzungsmassnahmen angestossen. Das Schweizerische Bundesgericht setzt seit rund 10 Jahren eine Open Source Strategie um und hat dabei unter anderem die intern entwickelte Geschäftsverwaltungssoftware OpenJustitia unter einer Open Source Lizenz freigegeben. Damit können nun weitere Justizorganisationen wie die 26 kantonalen Gerichte von dieser Investition profitieren. Auch an Schweizer Hochschulen wird insbesondere im E-Learning Umfeld ausschliesslich auf Open Source Plattformen gesetzt. Weitere positive Beispiele bezüglich Einsatz und Freigabe von Open Source Software sind vorwiegend im Ausland anzutreffen. Zahlreiche Fallstudien und aktuelle Meldungen zu Open Source Anwendung und Weiterentwicklung in der öffentlichen Verwaltung sind auf dem Europäischen Open Source Portal OSOR.eu veröffentlicht.

Der Gemeinderat wird daher aufgefordert:

1. Eine Open Source Förderstrategie zu erarbeiten, die insbesondere vorsieht, dass

- in der Regel bei allen künftigen Beschaffungen Betriebssystem- und Browserunabhängige Lösungen gewählt werden (z.B. Web-Applikationen, Java, Verwendung offener Datenformate)
 - bei öffentlichen Ausschreibungen möglichst produkt- und herstellerneutral ausgeschrieben wird
 - bei öffentlichen Ausschreibungen stets auch Open Source Lösungen zugelassen sind (vgl. Interfraktionelle Motion GLP, SP/JUSO von Michael Köpfl, GLP und Giovanna Battaglio, SP: Chancengleichheit auch im Software-Bereich! und Interpellation Martin Trachsel, EVP: Fragliche öffentliche Beschaffung von Informationstechnologie bei der Stadt Bern)
 - bei gleichwertigen funktionalen Eigenschaften und vergleichbaren Kostenstrukturen die Open Source Variante bevorzugt wird und
 - eigens oder im Auftragsverhältnis entwickelter Software-Code unter einer Open Source Lizenz veröffentlicht wird.
2. Die Open Source Förderstrategie aktiv umzusetzen indem
 - bei den Informatikdiensten eine Kompetenzstelle Open Source geschaffen wird
 - mittels Know-how-Aufbau Erfahrungen im Umgang mit Open Source Technologien gesammelt werden
 - durch Pilotprojekte sowie Studien neue Einsatzgebiete von Open Source Lösungen identifiziert werden und
 - ausreichende Finanzen für die Umsetzungsmassnahmen bereitgestellt werden.
 3. Die Informatikdienste anzuweisen, sich aktiv in nationalen und internationalen Gremien im Bereich Open Source zu vernetzen und gemeinsam für die Förderung und Behördenzusammenarbeit einzusetzen.
 4. Insbesondere im Bildungsbereich den Einsatz von und den Wechsel auf Open Source Software mit gezielter Unterstützung zu fördern und Lehrkräfte mit Informations- und Weiterbildungsmassnahmen über Open Source Software zu schulen. Die Massnahmen müssen kompatibel mit dem Projekt base4kids sein.

Die Open Source Förderstrategie ist so bald als möglich zu erarbeiten, die Umsetzungsmassnahmen müssen bis Mitte 2012 gestartet werden. Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 1. Dezember 2011

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA!, GLP (Matthias Stürmer, EVP/Giovanna Battaglio, SP/Rahel Ruch, JA!/Michael Köpfl, GLP): Martin Trachsel, Susanne Elsener, Manuel C. Widmer, Lukas Gutzwiller, Tania Espinoza, Daniel Imthurn, Rania Bahnan Buechi, Daniel Klauser, Peter Künzler, Halua Pinto de Magalhães, Beat Zobrist, Lea Kusano, Silvia Schoch-Meyer, Ruedi Keller, Guglielmo Grossi, Miriam Schwarz, Thomas Göttin, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Patrizia Mordini, Nicola von Greyerz, Lea Bill, Hasim Sancar, Judith Gasser, Aline Trede, Monika Hächler, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Christine Michel, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Kathrin Bertschy, Claude Grosjean, Prisca Lanfranchi, Mario Imhof, Yves Seydoux, Daniela Lutz-Beck, Beat Gubser, Rudolf Friedli, Manfred Blaser

Bericht des Gemeinderats

Zu Punkt 1:

Die aus dem Jahr 2003 stammende und im 2009 leicht angepasste städtische Informatikstrategie wurde im Jahr 2012 unter externer Begleitung durch ein fachkundiges IT-Beratungsunternehmen neu ausgearbeitet (ICT-Strategie 2013 - 2016; <http://www.bern.ch/stadtverwaltung/fpi/idb>). Damit wurde der Grundstein für den nachhaltigen Einsatz der finanziellen Mittel für die Jahre 2013 bis 2016 gelegt. Hohe Stabilität, Verfügbarkeit und Sicherheit der eingesetzten Informatikmittel, bestmögliche Wirtschaftlichkeit und effektive Erfüllung der vielfältigen IT-Bedürfnisse aus der Stadtverwaltung sind heute und werden auch zukünftig die obersten Zielsetzungen für die städtische Informatik sein.

Unter Beachtung dieser obersten, im Leitbild der Strategie festgehaltenen Zielsetzungen, welche das Gerüst für sämtliche strategischen Überlegungen bilden, hat der Gemeinderat bei der Formulierung der neuen Strategie aber auch dem Thema Open Source Software (OSS) hohes Gewicht beigemessen. Er war dabei gewillt, entsprechende Forderungen aus dem Stadtrat in die Strategie einfließen zu lassen.

Eine der fünf Zielsetzungen der Strategie lautet: „Einsatz von Open Source Produkten wird forciert“. Hierzu wird wörtlich Folgendes festgehalten (ICT-Strategie 2013 - 2016, S. 13/14):

- *Der Einsatz von OSS wird gefördert. Bei gleichwertigen Produkten wird diejenige Software beschafft, welche in einer Open Source-Umgebung betrieben werden kann; bei notwendiger Vorgabe einer proprietären Umgebung diejenige, welche grundlegende Anforderungen an Open Source Software erfüllt.*
- *Eine OSS-Kompetenzstelle berät Projekte bei der Lösungsentwicklung. Sie arbeitet eng mit dem Projektmanagementboard zusammen und fördert so den Einsatz von offenen Produkten in der Stadtverwaltung ganzheitlich.*
- *Die OSS-Tauglichkeit von Fachanwendungen wird geprüft. Im Rahmen des Lifecycle Managements der Anwendungen werden diese sofern sinnvoll auf Linux-Server migriert.*

Der Umsetzungsplan, welcher ebenfalls Bestandteil der ICT-Strategie ist, konkretisiert die Zielsetzung „Einsatz von Open Source Produkten wird forciert“ wie folgt:

Ausgangslage:

In der IT der Stadt Bern werden bereits heute neben proprietären auch Open Source Produkte eingesetzt. Es entspricht dem Willen des Gemeinde- und des Stadtrats, den Einsatzbereich von Open Source Produkten zu erweitern.

Massnahmen:

- *Ausweitung der bestehenden Einsatzbereiche von Open Source Produkten und Einsatz von Open Source Produkten in neuen Einsatzbereichen unter Berücksichtigung der bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen.*
- *Reduktion der Abhängigkeit von Anbietenden proprietärer Produkte.*

Ergebnisse:

- *Der Einsatzbereich von Open Source Produkten wird ausgeweitet.*

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen von drei Arbeitspaketen, die während der Geltungsdauer der Strategie zu erfüllen sind:

- *Prüfung der OSS-Tauglichkeit von Fachanwendungen und – wo sinnvoll – deren Migration im Rahmen des Lebenszyklusmanagements.*
- *Anpassung der Beschaffungsrichtlinien betreffend grundlegender Anforderungen zu OSS.*

- *Beschreibung der Prozesse zwischen einer noch zu schaffenden OSS-Kompetenzstelle und dem Projektmanagementboard im Rahmen des Organisationshandbuchs.*

In der Zielsetzung 4 der ICT-Strategie wird zudem postuliert, dass eine IT-Sourcing-Strategie zu erarbeiten ist. Diese wird zurzeit von den Informatikdiensten angestossen. Diese Sourcing-Strategie für IT-Dienstleistungen und -Infrastrukturen soll festlegen, welche Teile der Informatik stadintern und welche stadtextern entwickelt, betrieben und beschafft werden. Hierbei wird auch das Thema OSS berücksichtigt. Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, dass sich angesichts der ICT-Strategie und der Sourcing-Strategie eine zusätzliche separate OSS-Förderungsstrategie erübrigt.

Gestützt auf die ICT-Strategie werden die in der vorliegenden Motion formulierten Forderungen in vielen Fällen bereits erfüllt: Ausschreibungen für Neuanschaffungen oder Lizenzerneuerungen erfolgen meist offen, ohne Vorgabe einer Software oder proprietärer Standards. Ausnahmen sind jeweils durch die geforderten Funktionalitäten der Anwendung, die Integrierbarkeit in die vorhandene Informatik-Umgebung und durch den wirtschaftlichen Betrieb begründet. Der Gemeinderat möchte daher die bisherige Flexibilität bei der Ausschreibung von Software beibehalten. Wie die Motionärinnen und Motionäre bevorzugt er aber möglichst offene Software-Ausschreibungen.

Die Beschaffungsrichtlinien wurden seit der Verabschiedung der ICT-Strategie 2013 - 2016 wie vorgesehen überarbeitet. Offene Standards werden in Evaluationen und Konzeptionen stärker gewichtet. Bei gleichwertigen Lösungen werden offene Standards bevorzugt (z.B. im aktuellen Projekt der elektronischen Langzeitarchivierung oder bei der erfolgten Inbetriebnahme des neuen Intranets der Verwaltung, welche neu auf einer Open Source Plattform basiert). Kürzlich wurde der begonnene Pilot einer Cloud-Lösung (BernBox) vollständig mit OpenSource Tools und ausschliesslich durch internes Personal realisiert. Offene Standards werden auch im Sicherheitsumfeld favorisiert, priorisiert und zum heutigen Zeitpunkt eingesetzt.

Zu Punkt 2:

Die ICT-Strategie 2013 – 2016 gibt in Zielsetzung 2 vor, dass eine stadtwweit gesamtheitliche IT-Architektur aufzubauen ist. Gestützt auf diese Zielsetzung wurde bei den Informatikdiensten eine zusätzliche neue Stelle einer IT-Architektin oder eines IT-Architekten bewilligt und erfolgreich besetzt. Die Informatikdienste sind derzeit daran, die Massnahmen aus der Zielsetzung 2 umzusetzen. Dem eingestellten ICT-Architekten wurde auch die Funktion der OSS-Kompetenzstelle übertragen. Somit können die Forderungen der ersten drei aufgezählten Lemmata von Punkt 2 der Motion umgesetzt werden. Die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzen für Umsetzungsmassnahmen lehnt der Gemeinderat nach wie vor ab. Umsetzungen erfolgen weitgehend im Rahmen des Produkte-Lifecyclemanagements. Der Gemeinderat ist aber bereit, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen weitere Open Source Projekte anzustossen und damit neue OSS Einsatzgebiete, zumindest für die Stadtverwaltung, zu identifizieren.

Zu Punkt 3:

Die Informatikdienste der Stadt Bern sind bereits in verschiedenen Gremien vernetzt. Zu erwähnen ist die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK), wo die Informatikdienste eine aktive Rolle wahrnehmen. Unter anderem ist der neu eingestellte ICT-Architekt Mitglied der OSS-Arbeitsgruppe der SIK. Zudem erfolgt ein regelmässiger Austausch in loser Form zwischen den Leitungen der Informatikdienste grösserer Deutschschweizer Städte und die Informatikdienste sind Kollektivmitglied im Verein /ch/open (Swiss Open Systems User Group). Der unabhängige Verein hat sich seit seiner Gründung die Förderung offener und freier Systeme auf die Fahne geschrieben. Aus Sicht des Gemeinderats wird Punkt 3 der Motion vollständig erfüllt.

Zu Punkt 4:

Im Bildungsbereich ist die Auswahl an Open Source Fachanwendungen beschränkt. Falls überhaupt vorhanden, ist die Funktionalität oftmals mangelhaft. Für die Volksschulen wurde daher eine kombinierte Lösung mit proprietärer und offener Software gewählt. Für die weitere Förderung von Open Source Software sieht der Gemeinderat keinen Bedarf. Schülerinnen und Schüler verwenden Informatikmittel primär als Lerninstrument. Der Bedarf an installierter Software auf Schulcomputern wird generell kleiner, da immer häufiger auf online-Tools zurückgegriffen wird. Zur Forderung, dass die Lehrkräfte mit Informations- und Weiterbildungsmassnahmen über Open Source Software zu schulen sind, hält der Gemeinderat fest, dass Lehrkräfte kantonal angestellt sind und deren Aus- und Weiterbildung keine kommunale Angelegenheit ist. Der Re-Rollout der Geräte in den Volksschulen wurde 2013 durchgeführt. Spätestens 2015 müssen die zukünftige Beschaffungsstrategie und die neue Finanzierung geklärt sein. Die Beschaffungsstrategie der Informatik-Infrastrukturen ist dabei mit den pädagogischen Zielsetzungen des Lehrplans 21 (Erster gemeinsamer Lehrplan für die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone) abzustimmen. Daraus folgt die Umsetzung und die zu wählenden Instrumente.

Bern, 5. November 2014

Der Gemeinderat